

Juni 2017

roter Käfer



Betriebszeitung der DKP für VW-Braunschweig und Wolfsburg

Inhalt

- Arbeit zu den Menschen
- Hätte, hätte, Lieferkette
- Fritz: Unternehmenskultur
- E-Mobilität
- Der Wert einer Aktie
- Verdrängung
- G-20-Gipfel

www.dkp-braunschweig.de

Arbeit zu den Menschen, nicht umgekehrt!

Sieht man von den erweiterten Ermittlungen im Abgasskandal gegen Audi und weitere Vorstandsmitglieder ab, laufen die Geschäfte für das Unternehmen VW nicht schlecht. Der Zukunftspakt greift, die Rendite steigt.

Aber wie sieht es für die Beschäftigten aus?

Das verlorene Vertrauen schlägt sich in Umsatzverlusten gerade in Deutschland nieder. Der einzige „Renner“ ist weiter der Tiguan. In den fahrzeugbauenden Werken, vor allem in Wolfsburg, macht sich die Schwäche des Golf immer deutlicher bemerkbar. Hier muss dringend mehr Fahrzeugvolumen her, damit nicht durch den Wegfall von Schichten Personalüberhänge entstehen. Im übrigen sind bereits jetzt viele Arbeitsplätze bei Zulieferern und Dienstleistern rund um Wolfsburg vernichtet.

In Braunschweig ist es schon jetzt problematisch.

Auslaufende Achsen für Audi, keine Investitionen mehr in die Kunststoffteilfertigung, der Werkzeugbau (auch im Konzern) weiter unter Druck. Die Batteriefertigung kann das nicht auffangen. Die Leiharbeitsbeschäftigten, auch die befristeten Übernahmen mussten und müssen bereits gehen. Personalverwirbelungen allerorten und jetzt auch noch die Abordnung von Ausgebildeten nach Kassel.

Alles nicht so schlimm – es wird ja von der Stammebelegschaft niemand entlassen?

Falsch. Leiharbeits- und Werkvertragsbeschäftigte sind auch unsere Kolleg*innen! In der Belegschaft herrscht Unruhe und Unzufriedenheit. Wo ist die vielbeschworene neue Kultur? Alte Schwächen sind nach wie vor da, und die von den Beschäftigten geforderte Flexibilität scheint bei den Verantwortlichen im Unternehmen nicht da zu sein! In der einen Abteilung treten sich die Kolleg*innen auf die Füße, in anderen herrscht Personalmangel, Absage von Schichten, Infragestellung von Urlaub und jetzt auch noch Arbeit an anderen Standorten. Abends nicht zu wissen wo man morgens arbeitet oder plötzlich ein Leben an einem anderen Standort organisieren zu müssen, ist für die Betroffenen nicht einfach!

Aber das alles ist noch nicht das Ende der Fahnenstange.

Was, wenn nicht alle neuen Produkte für die einzelnen Werke gewonnen werden? Was, wenn die E-Mobilität sich nicht entwickelt wie geplant? Was, wenn die Digitalisierung und Rationalisierung mehr Arbeitsplätze verschwinden lässt? Was, wenn sich eine andere umweltverträgliche Mobilität durchsetzt?

Jetzt kommen die wieder mit ihrer Arbeitszeitverkürzung!

Ja, kommen wir. Auch wenn die 35-Stunden-Woche erstmal bundesweit durchgesetzt werden muss, auch wenn es um den Abbau von Überstunden und flexible Arbeitszeitverkürzung nach Beschäftigtengruppen oder Lebenslagen geht, das alles reicht aber zur Bewältigung der zukünftigen Probleme nicht aus. Wir brauchen die

30-Stunden-Woche – mindestens branchen und europaweit. Das ist nicht von heute auf morgen zu machen, aber wir müssen die Diskussion endlich beginnen!

Wir brauchen kurzfristig mehr Arbeit!

Was ist mit den Innovationsstöpfen, die zur Beschäftigungssicherung im Tarifvertrag verankert sind? Da liegen einige Projekte auf Eis. Das kann nicht sein!

Für uns gilt der Grundsatz: **Arbeit muss zu den Menschen kommen – nicht umgekehrt!**



Hätte hätte Lieferkette

Anfang Juni stand die Produktion in mehreren BMW-Werken in Deutschland und den USA teilweise tagelang still. Der Grund: Ein italienischer Zulieferer des Hauptzulieferers Bosch konnte ein Gussgehäuse für Lenkgetriebe nicht liefern.

Die Wirtschaftszeitung „Handelsblatt“ schrieb dazu: „Der Zwischenfall wirft ein Schlaglicht auf die Abhängigkeiten in der Autoindustrie, die wie kaum eine andere Branche auf Zulieferer setzt. BMW gehört inzwischen zu den Autoherstellern mit der geringsten Fertigungstiefe, die Münchener bauen nur noch wenig selbst.

Der Anteil an der Wertschöpfung eines Auto liegt bei BMW inzwischen bei unter 40 Prozent schätzen Branchenkreise....

Ein Anhänger des Prinzips der Auslagerung ist auch **VW Markenchef Herbert Diess** (Hervorhebung RK). Der Manager drückte bereits bei BMW als Einkaufschef die Kosten und ordnete das Verhältnis zwischen Herstellern und Zulieferern neu. Das gilt auch für die 3er-Reihe, die von den Lieferproblemen gerade besonders betroffen ist. Bei VW will Diess nun ebenfalls mehr Wertschöpfung an die Zulieferer geben. Ironie der Geschichte: Diess hat auch lange bei Bosch gearbeitet. Es sind Kostenkiller wie Diess, die hinter dieser grundlegenden Veränderung im Verhältnis von Autoherstellern und Zulieferern stehen.“



Fritz und die Unternehmenskultur

Neulich in der Pause war ordentlich Stimmung, Sven machte den Aufschlag: "Das mit dem Neuanfang, für den der Müller stehen soll, ist ja wohl Wunschdenke, oder fühlt ihr Euch in den Besprechungsrunden und Audits mehr ernst genommen als früher?"

"Dass ich nicht lache" mischt sich Tina ein, "wichtige Verbesserungsideen dauern immer noch lange, gute Vorschläge aus der Teamsitzung werden nicht umgesetzt, weil kein Geld da ist."

"Aber die Beschriftung der Mülleimer und die Striche auf dem Boden, das läuft doch; ob die Anlage auch läuft, das interessiert keinen. Früher gab es mal eine Kampagne zur Reduzierung der Stillstandszeiten, aber das ist wohl nicht genug" ätzt Wolfgang.

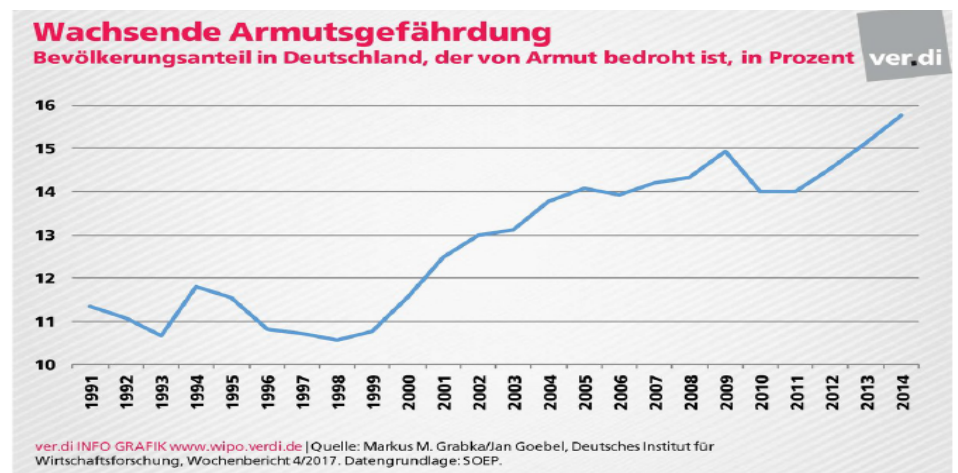
Bundesregierung ruft: Haltet den Dieb!

Manchmal fasst man es nicht. Die Bundesregierung warnt im neuen Armutsbericht vor einer zu starken Spaltung der Gesellschaft, die sie selbst herbeigeführt hat.

Die Parteien, die diese Regierung bilden, also CDU, CSU und SPD, haben unter Mithilfe der Grünen und der FDP die Renten so gekürzt, dass ein österreichischer Durchschnittsrentner monatlich 800 Euro mehr hat. Und in Deutschland ist damit millionenfache Altersarmut programmiert. Wegen der Hartz-Gesetze haben wir viele unsichere, befristete Arbeitsplätze, Leiharbeit und schlecht

bezahlte Werkverträge. Jeder vierte Arbeitnehmer arbeitet im Niedriglohnsektor. Weil CDU, CSU, SPD, FDP und Grüne zu feige sind, Millionäre zu besteuern, nimmt die Ungleichheit in der Gesellschaft zu. 2015 wurden knapp 300 Milliarden Euro vererbt – die Erbschaftssteuer erbrachte aber nur 5,45 Milliarden. Das sind noch nicht mal zwei Prozent.

Die fleißigen Arbeitnehmer und die Rentner, die ein Leben lang gearbeitet haben, müssen sich verarscht vorkommen. Aber leider wählen viele von ihnen weiter die Lohndrücker- und Rentenkürzungsparteien CDU, CDU, SPD, FDP und Grüne.



Karl, unser Logistiker, wirft ein: "200 Kisten mit Schrott standen heute wieder auf dem Hof, aber dass man für komplexe Anlagen festes Personal braucht, scheint sich noch nicht rumgesprochen zu haben."

"Ach ja Personalplanung, gibt's die überhaupt? Bei meinem Freund treten sich die Leute auf die Füße und bei uns fehlen sie, weil so viele in ATZ gegangen sind. Programmreduzierungen kommen manchmal plötzlich, aber ATZ ist doch wohl planbar! Ob es eine Know-How Sicherung gegeben hat, frage ich lieber gar nicht. Drehscheibe, interner Arbeitsmarkt, lächerlich, wisst ihr, wie man sich fühlt, wenn man morgens nicht weiß, wo man seinen Arbeitsplatz hat?" schließt Inge ihren Ausbruch.

"Ja, verbindliche Entscheidungen, auf die man sich verlassen kann, die gibt's nach wie vor nicht. Beispiel Urlaubsplanung: rin inne Kartoffeln, raus ausse Kartoffeln. Von wegen Kulturwandel!" ergänzt Martin.

Einen Kulturwandel kann man nicht mit schönfärberischen Unternehmensmitteilungen und schon gar nicht mit blindem

Aktionismus a la neuer Farbe erreichen. Dafür müssten Strukturen wirklich geändert werden und die Vorgesetzten müssten das "neue Denken" auch wirklich wollen und vorleben. Wenn UAs und Meister nur Vollstrecker sind, nehmen sie die KollegInnen nicht ernst.

Dieser Frust, die innere Kündigung, müsste beim Stimmungsbarometer deutlich zum Ausdruck kommen.

Wenn aber Kollegen berichten, dass sie nur Gehör finden, wenn fast die komplette Abteilung sich der Umfrage verweigert, dann spricht das Bände. Wenn die Beschäftigten mit ihren Vertrauensleuten und dem Betriebsrat nichts erreichen, dann nutzt doch die Betriebsversammlung, egal ob Fragen an das Management oder die freie Aussprache. Das hat durchaus schon was bewegt.

Meint jedenfalls
Euer Fritz

Impressum:
Herausgeber:
DKP Kreis Braunschweig-Wolfenbüttel
V.i.S.d.P.: Werner Hensel
Wilhelm-Raabe-Straße 7, 38104 Braunschweig

Der Wert einer Aktie steht über allem

Es ist bald zwei Jahre her, dass der Abgasskandal bei VW hochkochte. Nun wurde Mitte Mai gemeldet, dass die Staatsanwaltschaft Stuttgart auch gegen den heutigen VW-Chef Matthias Müller in der Sache ermittelt. Bekannt war bisher schon, dass auch der frühere VW-Chef Winterkorn und der aktuelle Aufsichtsratsvorsitzende Pötsch Ermittlungsziele deutscher Staatsanwälte sind.

Der Unterschied dazu ist, dass - nach Anzeige durch die Finanzaufsicht Bafin - Müller in seiner früheren Eigenschaft als Vorstand der Porsche-Holding belangt wird. Die Holding ist Mehrheitseigentümer bei VW. Und um den Wert von Eigentumsrechten, vergegenständlicht in der Aktie, geht es bei den Ermittlungen.

Das muss noch einmal deutlich gesagt werden: Deutsche Staatsanwälte stören sich nicht daran, dass VW-Ingenieure „auf Anweisung der Vorgesetzten B, C und F (siehe Statement of Facts)“ Millionen von Dieselmotoren so manipuliert haben, dass der Betrieb der Diesel-Fahrzeuge gesundheitsschädlich für die Allgemeinheit war. Sie stören sich nicht daran,

dass der Ausstoß schädlicher Emissionen aus Profitgründen eben nicht auf das mögliche Minimum reduziert wurde. Erst recht stört sie nicht, dass die Zulassungsbehörden in den USA systematisch über den wahren Schadstoffausstoß getäuscht wurden.

Wegen solcher Kleinigkeiten werden Müller, Winterkorn und Pötsch nicht belangt.

Das deutsche Gesetz stört sich vielmehr an der Möglichkeit, dass einige Aktionäre einen Informationsnachteil erlitten haben könnten. Sie könnten, so der Verdacht der Bafin, ein paar Tage zu spät darüber informiert worden sein, dass in den USA das skandalöse Verhalten des VW-Konzerns aufgedeckt worden war.

Und daraus könnte, eventuell und vielleicht, ein finanzieller Schaden für ihre Aktienpakete entstanden sein. Und da werden deutsche Staatsanwälte selbstverständlich aktiv, wenn es um die wirklich wichtigen Dinge in diesem Land geht. Und da steht ganz vorne an das Eigentum, vergegenständlicht im Wert einer Aktie.



Saudi-Arabische Offiziere zur Ausbildung in Deutschland: Beihilfe zur Hungersnot

Die CDU/SPD-Regierung hat beste Verbindungen zum mittelalterlichen „Kopf ab“-Regime der Saudis. Diese guten Beziehungen hat Kanzlerin Merkel mit ihrem Besuch Anfang Mai noch verstärkt. Nun sollen saudische Offiziere in Deutschland „ausgebildet“ werden. Ist Merkel durchgeknallt? Hat sie jeden moralischen Kompass verloren? Die Saudis führen im Jemen einen blutigen Krieg, über 10.000 Zivilisten sind getötet worden. Die saudische Marine blockiert mit deutschen Schiffen alle UNO-Hilfskonvois für die hungernde Bevölkerung im Jemen. Der UN-Sonderberichterstatter für die negativen Folgen einseitiger Zwangsmaßnahmen, Idriss Jazairy, übt scharfe Kritik an der saudischen Blockade und sprach von einer "von Menschen gemachten Hungersnot". Und in der Jubelpresse lesen wir dann noch, Merkel setzte sich für Menschenrechte ein.

Aus dem Schuldeingeständnis (Statement of facts) von VW in USA (Übersetzung aus dem Amerikanischen).

Angesichts der Tatsache, dass VW den eigenen internen Bericht mit Hinweis auf dieses Schuldeingeständnis nicht veröffentlichen will, gewinnt diese Übersetzung noch an Bedeutung

„Der Verkauf von Dieselfahrzeugen auf dem US-Markt war für die VW AG ein wichtiges strategisches Ziel. Das Projekt wurde innerhalb VW als "US '07"-Projekt bekannt.

Die Vorgesetzten B, C und F sowie andere erkannten jedoch, dass VW keinen Dieselmotor konstruieren konnte, der die ab 2007 in Kraft tretenden strengeren US-NOx-Emissionsnormen erfüllen und eine ausreichende Kundennachfrage auf dem US-Markt generieren würde. Anstatt ein Dieselfahrzeug auf den Markt zu bringen, das die neuen strengeren US-NOx-Emissionsnormen auf legitime Weise erfüllen würde, entwickelten, produzierten und implementierten die Mitarbeiter der VW AG auf Anweisung der Vorgesetzten B, C und F und anderer (einschließlich Mitarbeitern der Firma A) eine Softwarefunktion, um die US-Emissionsnormen zu erkennen, zu umgehen und zu unterdrücken.

Die Mitarbeiter der VW AG entwickelten auf Anweisung der Vorgesetzten B, C und F und anderer die VW-Abschalteinrichtung, um zu erkennen, ob das Fahrzeug einem US-Standardemissionstest an einem Dynamometer unterzogen wurde oder sich unter normalen Bedingungen im Straßenverkehr bewegte. Die Abschalteneinrichtung erreichte dies indem sie die Standardfahrzyklen der US-Aufsichtsbehörden erkannte. Wenn die Software des Fahrzeugs erkannte, dass das Fahrzeug getestet wurde, verhielt sich das Fahrzeug so, dass es die US-NOx-Emissionsnormen erfüllte. Wenn die Abschalteneinrichtung erkannte, dass das Fahrzeug nicht getestet wurde, wechselte sie in einen anderen Modus, in dem die Wirksamkeit der Emissionskontrollsysteme des Fahrzeugs erheblich reduziert wurde, sodass das Fahrzeug erheblich mehr NOx ausstieß – teilweise war der Wert 35-mal höher als durch die US-Emissionsnorm vorgeschrieben.“

Die gesamte Übersetzung des Statement of facts von VW in den USA kann vom Roten Käfer unter info@dkp-niedersachsen.de angefordert werden.

„Volkswagen wird immer noch von Personen geleitet, die in hochrangigen Positionen waren, als die Übeltaten passierten.“ Jack Ewing, Autor des Buches „Wachstum über alles – Der VW-Skandal“

Wolfsburg: Verdrängte Vergangenheit

Damals in Wolfsburg auch ein KZ? Ja sicher, tausende Zwangsarbeiter im Rüstungsbetrieb Volkswagenwerk, aber die „mussten“ die Betriebe ja alle nehmen. Aber KZ, das stimmt doch nicht. So war regelmäßig die Reaktion, wenn die Diskussion auf die „KdF-Stadt“ kam.

Nun wurde Wolfsburg von seiner verdrängten Vergangenheit eingeholt. Bei Bauarbeiten auf dem Laagberg für ein Einkaufszentrum mit einigen Wohnungen kamen die relativ gut erhaltenen Fundamente einer von vier KZ-Baracken ans Tageslicht. Nun wurde offenbar: Dort auf dem Laagberg hatten ab Mai 1944(!) 800 aus dem KZ Neuengamme abkommandierte Häftlinge ein „Wohnlager Laagberg“ aufbauen sollen. Die Unterkünfte brauchte das Volkswagenwerk dringend, weil Werksleiter Ferdinand Porsche und sein Stellvertreter Anton Piëch den lukrativen Auftrag für die Massenfertigung der Fi-103-Flugbombe (landläufig als V1 bekannt) gegen heftige Konkurrenz an Land gezogen hatten. Unter katastrophalen Bedingungen mussten die Häftlinge zuerst ihre eigenen Wohnbaracken fertig stellen. So fehlte sechs Wochen lang jede Wasser-

versorgung, die Häftlinge waren gezwungen, Regenwasser aus Pfützen zu trinken. Trotz massivstem Arbeitszwang, unsäglichem Quälereien und Verbrechen an den Häftlingen wurden bis zum April 1945 nur rund zwei Drittel der 70 geplanten Bauten des Wohnlagers Laagberg angefangen und nur einige wenige endgültig fertig gestellt.

Nach 1945 verdrängten Stadtväter und Wolfsburger Bevölkerung erfolgreich die Existenz des KZ aus dem Gedächtnis der Stadt. In die bereits fertigen oder nach 1945 fertiggestellten Bauten des Wohnlagers Laagberg zogen Flüchtlinge ein, ohne dass eine Diskussion über die Entstehung der Baracken überliefert ist. Letzte Barackenüberreste wurden Anfang der 60er Jahre beseitigt. Französische Überlebende, organisiert in der Gruppe Amicale Internationale KZ Neuengamme, erinnerten bei Besuchen an das KZ auf dem Laagberg und setzten durch, dass seit 1987 wenigstens eine kleine Stele auf das ehemalige KZ-Außenlager hinweist.

Nach ihrer Entdeckung Anfang April dieses Jahres sollten die Fundamente der KZ-Baracke zuerst lediglich dokumentiert und abgetragen werden, um den Bau-

fortschritt nicht zu behindern. Nach dem Protest der VVN-BdA und vor allem der französischen Überlebenden wurden die überregionalen Medien aufmerksam. NDR, SAT 1, DLF und verschiedene Zeitungen berichteten unter dem Motto: „Warum man in Wolfsburg bald auf einem KZ-Gelände einkaufen könnte“. Erst dieser drohende öffentliche Skandal brachte die Stadt zum Einlenken – zumindest ein Stück weit. An dem Plan, das Einkaufszentrum samt Tiefgarage zu bauen, hält sie zwar weiterhin fest, doch der gemauerte Grundriss der KZ-Baracke soll nun verlegt und zumindest teilweise an anderer Stelle auf dem ehemaligen Lagergelände wieder aufgebaut werden – integriert in eine Erinnerungsstätte. Noch vor Ende Juni will der Rat der Stadt endgültig über die Pläne entscheiden, die Baugesellschaft drängelt. Die Fundamente könnten dann schon im Sommer verlegt werden. Auch die VVN-BdA Wolfsburg ist über die geplante Errichtung dieser Erinnerungsstätte an das ehemalige KZ erfreut, spricht sich aber gegen die Verlegung der Fundamente aus.

Mehr Infos unter <http://wolfsburg.vvn-bda.de/>.

Einladung zur Konferenz

**„Automobilindustrie - wie weiter?“
„Mobilität der Zukunft - bezahlbar, umweltfreundlich
und sozial verträglich“**

**Samstag, 24. Juni 2017, 10.30 bis 16.30 Uhr
Veranstaltungszentrum Rotation in den ver.di-Höfen
Goseriede 10, 30159 Hannover, (10 min. Fußweg vom Hbf.)**

Angesichts des Umbaus der Automobilindustrie, der nicht abnehmenden Belastung der Luft in den Innenstädten, des täglichen Verkehrs-Collaps, angesichts des Flächenverbrauchs durch fließenden und stehenden Verkehr, sowie der Entscheidung zur Subventionierung von Elektroautos ist eine Diskussion über „Mobilität der Zukunft“ überfällig.

Die Konzerne und ihre Handlanger in der Regierung arbeiten schwerpunktmäßig an alternativen Antrieben und versuchen den Individualverkehr um ihr profitables Geschäftsmodell zu retten. Aus Angst um die Arbeitsplätze und um Wissen um die Notwendigkeit schneller Lösungen, kommt auch die Diskussion in Gewerkschaften und Betrieben um eine nachhaltige Mobilität nicht in Schwung.

Wir meinen, die Forcierung alternativer Antriebe greift deutlich zu kurz. Die Auseinandersetzung um die Frage Öffentlicher Verkehr gegen Individualverkehr muss geführt werden. Wer einen effektiven, bezahlbaren und damit attraktiven (Nah)Verkehr will, wird den Individualverkehr zurückdrängen müssen. Für beides ist weder Geld noch Fläche da!

Die Frage der Sicherung von Arbeitsplätzen gehört in Kapitalismus immer auf die Tagesordnung. Angesichts der Veränderungen am Produkt Auto, der zunehmenden Smart-Konzepte, der Staus in den Metropolen, der veränderten Prioritäten bei der Jugend, der fortschreitenden Digitalisierung und der weiterhin notwendigen Rationalisierung sind sie schon heute bedrohlich! **Zeit für einen Mobilitätsaustausch!**

Konferenzablauf:

10.30 - 12.30 Uhr

„Automobilindustrie - wie weiter?“

Einführung: Uwe Fritsch, BR-Vorsitzender VW Braunschweig, Mitglied des Parteivorstandes der DKP

„Wetklima - Welt auf Gesellschaft - weltweite Alternativen. Unsere Verantwortung“

Einführung: Winfried Wolf, Journalist, Chefredakteur Lunapark21

13.00 - 15.00 Uhr, Arbeitsgruppen und Berichterstattung

„E-Mobilität, Ausweg aus der Umweltdesaster?“

mit Dr. Alfred Hartung, Wolfsburg

„Bedingungen und Akteure für die Durchsetzung alternativer Mobilitätskonzepte“

mit Achim Bigus, V-Leiter VW Osnabrück

„Wetklima - Welt auf Gesellschaft - weltweite Alternativen. Unsere Verantwortung“

mit Winfried Wolf

15.00 - 16.30 Uhr Podiumsdiskussion

„Zukunft der Automobilindustrie - wer nimmt Einfluss - wohin geht die Reise?“

mit: Uwe Fritsch, Anne Rieger, Winfried Wolf

Es laden ein:

DKP Bezirk Niedersachsen, DKP Bezirk Ruhr-Westfalen

DKP Betriebsgruppe VW Braunschweig/Wolfsburg

Anmeldungen an: bw@dgp-niedersachsen.de, Unkostenbeitrag: 15 € (u.a. für Essen und Trinken)

G20 in Hamburg und kein Bett für Trump

Donald Trump ist auf Zimmersuche. Die angefragten Hotels in Hamburg wollten den Präsidenten der USA während des G20-Treffens am 7. und 8. Juli 2017 in Hamburg nicht beherbergen. Ob dies mit den gestellten Anforderungen zur Sicherheit zu tun hat, oder die mangelnde Werbewirkung durch diesen Präsidenten ausschlaggebend ist, darüber wird spekuliert.

Nun wird er wohl in Berlin logieren und zu den Gipfeltagen von dort aus einfliegen.

Die im Bündnis "Grenzenlose Solidarität statt G20" vereinigten Organisationen werden jedenfalls am 8. Juli gegen seine Politik und die der anderen "Weltenherrscher" protestieren. Ihr Aufruf für die Demonstration legt dar, dass statt der aggressiven Politik der G20 solidarisches Handeln notwendig ist: gegen Kriege und bewaffnete Konflikte, gegen Rüstung und Rüstungsexporte, gegen die Abschottung der Grenzen der reichen Länder, gegen Rassismus, gegen den menschengemachten Klimawandel, gegen die soziale Spaltung, die dramatische Ausmaße erreicht hat. "Anstatt diese Probleme anzugehen, werden sie mit Freihandelsabkommen wie EPA, CETA, TISA oder TTIP noch verschärft."

Mehr Infos unter:

<http://www.gemeinsam-statt-g20.de/>

